

Objektyp: **Advertising**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **179 (2013)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

tib, dem Präsidenten der Dachorganisation der syrischen Opposition. Während Lawrow überdies die von syrischen Chemiewaffen ausgehende Gefahr herunterspielte, begründete Israels Verteidigungsminister Ehud Barak den Lufteinsatz gegen einen syrischen Lastwagenkonvoi klar mit der Bedrohung durch Zehntausende von Raketen des Hizbullah. Sowohl der türkische Aussenminister Ahmet Davutoglu als auch der Ministerpräsident Katars, Scheich Hamad bin Jassem Al Thani, meinten, dass die im Kalten Krieg wurzelnden Strukturen des UNO-Sicherheitsrates für die Konfliktlösung im Nahen und Mittleren Osten ungeeignet seien.

Keine Abkehr der USA von Europa

Zu etwas konkreteren Schlussfolgerungen kam die Konferenz bei der Behandlung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und von Fragen nach der Zukunft der europäischen Verteidigung. Vizepräsident Biden bezeichnete Europa als Grundpfeiler im Beziehungsgefüge der USA. Die beabsichtigte strategische Kräfteverlagerung in den pazifischen Raum liege im Interesse Europas, da neu geknüpfte Netzwerke der allgemeinen Stabilität förderlich seien.

Unter sicherheitspolitischen Vorzeichen wollte Biden auch seinen Aufruf für ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen verstanden wissen. Andere Referenten wie beispielsweise der deutsche Aussenminister Guido Westerwelle liessen ebenfalls keine Zweifel darüber aufkommen, dass eine verlässliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis geführt werden könne. Gleichzeitig gab er zu verstehen, dass Sicherheit in Europa nur im Zusam-



Auch der Vizepräsident der USA, Joe Biden, unterstrich die Zusammenarbeit mit Russland. Bild: MSC

mengehen mit Russland zu schaffen sei, eine Auffassung, die auch Joe Biden vertrat. Trotz Differenzen in strategischen Fragen – insbesondere über das Raketenabwehrsystem – müssten die USA und Russland ihre Nukleararsenale weiter reduzieren, nicht zuletzt mit dem Ziel, Mittel für Innovationskraft im zivilen Bereich zu gewinnen, unterstrich Biden. Und der russische stellvertretende Verteidigungsminister, Anatoli Antonow, bekräftigte, dass Europa nur mit Russland der Bedrohung durch Terrorismus und Proliferation von Massenvernichtungsmitteln wirksam entgegenzutreten könne.

Neue verteidigungspolitische Akzente

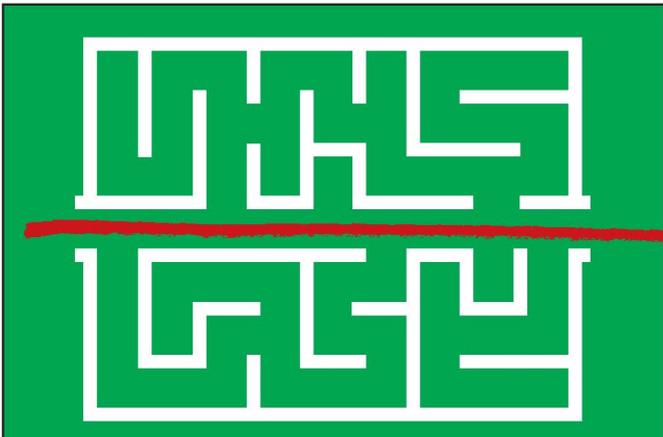
Ausgiebig wurde auf Podien im Weiteren über Möglichkeiten debattiert, europäische Verteidigungspolitik in angespannter Haushaltslage zu gestalten. Wie der deutsche Verteidigungsminister, Thomas de Maizière, ausführte, sollte man sich beim sicherheitspolitischen Gipfel

der EU im Dezember nicht zuletzt auf die Frage konzentrieren, welche Leistungen die Europäer bieten könnten, ohne dabei die NATO zu duplizieren. Prinzipiell war man sich darin einig, dass die Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu verstärken sei.

Staatliche Souveränität müsse in einer weniger traditionellen Weise als bisher verstanden werden, hielt die Verteidigungsministerin der Niederlande, Jeanine Henis-Plasschaert, fest. Der Initiative «Pooling and Sharing» der EU komme Priorität zu. Und der Generalsekretär der NATO, Anders Fogh Rasmussen, verlangte unter dem Stichwort «Smart Defence», dass beispielsweise das gemeinsame Instrument der NATO Response Force sich noch mehr als bisher zu einem «Motor der künftigen Einsatzbereitschaft» zu entwickeln habe. Schwieriger wird es, wo die nationale Rüstungsindustrie betroffen ist, wie Bernhard Gerwert, CEO von Cassidian, oder Ashton Carter, stellvertretender Verteidigungsminister der USA, befügten. In diesem Bereich finden sich die Nationalstaaten zurzeit kaum dazu bereit, den Abbau eigener Überkapazitäten an die Hand zu nehmen. Schliesslich warnte der Oberste Alliierte Befehlshaber Transformation, General Jean-Paul Paloméros, die Initiativen von EU und NATO für eine engere Kooperation als Alibi für Budgetkürzungen nehmen zu wollen. ■



Oberst i Gst
Bruno Lezzi
Dr. phil.
Lehrbeauftragter
Uni Zürich
8802 Kilchberg ZH



Der direkte Weg
für Ihre Stellenanzeige...

Telefon 044 908 45 61

+ASMIZ

Sicherheit Schweiz

WAFFEN- SAMMLERBÖRSE

für Schützen, Jäger, Liebhaber von Waffen und Militaria

22. – 24.3.13 Messe Luzern
Fr+Sa 10–18 h, So 10–17 h www.waffenboerse-luzern.ch

Geschichte der Eidgenossen

Das Bundesbriefmuseum in Schwyz besitzt die vollständige Sammlung der grundlegenden Urkunden zur Geschichte der Alten Eidgenossenschaft. Im Zentrum steht der Bundesbrief von 1291.

Daneben fasziniert die wertvolle Sammlung von Fahnen und Kriegsbanneren durch ihre Vielfalt und die spannenden historischen Hintergründe.

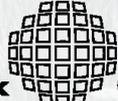
Freier Eintritt für Militär in Uniform.

Bundesbriefmuseum Schwyz
Bahnhofstrasse 20
6430 Schwyz
Tel. 041 819 20 64
bundesbriefmuseum@sz.ch
www.bundesbrief.ch

SIE KOMMUNIZIEREN MIT UNS.

Das Kernkraftwerk Gösgen produziert Strom für 1,5 Millionen Schweizer Haushalte. Besuchen Sie unsere Ausstellung oder machen Sie eine Werksbesichtigung.

Telefon 0800 844 822, www.kkg.ch

Kernkraftwerk  **Gösgen**